



Integriertes Handlungskonzept Stadt Steinbach (Taunus)

KURZFASSUNG

Soziale Stadt Steinbach.



SOZIALE STADT



„SOZIALE STADT – INVESTITIONEN IM QUARTIER“

INTEGRIERTES HANDLUNGSKONZEPT STADT STEINBACH (TAUNUS)

Auftraggeber

Stadt Steinbach (Taunus)

Gartenstraße 20

61449 Steinbach (Taunus)

Auftragnehmer

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücks-
entwicklungsgesellschaft mbH

Frankfurter Straße 39

65189 Wiesbaden

Ansprechpartner:

Ute Scharnberg, Vanessa Kühl

Caritasverband Hochtaunus

Gartenstraße 23

61449 Steinbach (Taunus)

Ansprechpartner:

Ludger Engelhardt-Zühlsdorff, Elke Hoever

Bearbeitungsstand: Dezember 2015

Inhalt

1	Das Förderprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“	4
1.1	Ziele und Aufgaben	4
2	Bestandsanalyse	5
2.1	Untersuchungsgebiet	5
2.2	Soziale Situation	6
2.3	Städtebauliche Situation	8
3	Handlungsfelder & Entwicklungsziele	9
3.1	Bürgerbeteiligung / Quartiersmanagement	9
3.2	Soziale Entwicklung	9
3.3	Wohnen und Wohnumfeld	10
3.4	Öffentliche Frei- und Grünflächen	11
3.5	Straßen und Verkehr	11
3.6	Gemeinbedarfseinrichtungen	11
4	Abgrenzung des Fördergebietes	12
5	Maßnahmenkatalog	13
6	Handlungsempfehlungen	15
7	Kosten- und Finanzierungsplan	17
8	Zeit-Maßnahmen-Plan	25
9	Verstetigung	27

1 Das Förderprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“

1.1 Ziele und Aufgaben

Das Förderprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ wird seit 1999 vom Bund unterstützt. Ziel ist es, Kommunen städtebaulich aufzuwerten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen zu stärken, indem bauliche Investitionen der Stadterneuerung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil verknüpft werden. In den Schwerpunktbereichen Städtebau, Soziales, Ökonomie, Infrastruktur, Kultur, Bildung und Beschäftigung werden Programmziele definiert, in der die „Soziale Stadt“ eine Leitfunktion übernimmt, diese Ziele bündelt und auf verschiedenen Ebenen verknüpft.



Abbildung 1: Inhaltliche Handlungsfelder des Förderprogramms „Soziale Stadt“ – Der Integrierte Ansatz
Datengrundlage: HEGISS "Standorte integriert entwickeln – DIE SOZIALE STADT IN HESSEN"

Städtebauliche und siedlungsstrukturelle Defizite gehören zu den Kernproblemen benachteiligter Stadtteile und stehen im Fokus des Förderprogramms. Ziel ist eine **städtebauliche Stabilisierung** zur Förderung der Zufriedenheit der Bewohner, die Gewährleistung einer guten Lebensqualität im Wohnumfeld, sowie die Befriedigung der Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Hierfür sind effiziente Maßnahmen, Strategien und Instrumente erforderlich.

Ein **qualitatives Wohnumfeld** kann nur durch eine gute Erreichbarkeit und somit einer optimalen Verkehrsinfrastruktur geschaffen werden. Wichtige Aufgaben in diesem Handlungsfeld sind es, die Mobilität jeder Altersgruppe zu ermöglichen – bspw. durch barrierefreie Straßen und Verbesserung der Sicherheit im Fuß- und Radwegenetz –, das ÖPNV-Angebot zu optimieren, Chancen und Defizite in der Raumgestaltung festzustellen, diese ggf. umzugestalten, und die Umweltbelastungen zu reduzieren.

Bei der Entwicklung von Strategien ist die **Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft** von großer Bedeutung. Nur so können die Bedürfnisse der Bewohner berücksichtigt und in das Integrierte Handlungskonzept (IHK) eingebettet werden. Eine Stärkung der sozialen Infrastruktur und die Errichtung von Beratungsangeboten und Einrichtungen sollen das vorhandene Infrastrukturangebot verknüpfen und das freiwillige soziale Engagement fördern.

Ein weiteres Ziel des Förderprogramms „Soziale Stadt“ ist ein **gutes Zusammenleben** in den Stadtteilen. Unterschiedliche soziale und ethnische Gruppen sollen durch Angebote für Begegnungen und Kommunikation, Konfliktmanagement und Präventionsarbeit sowie durch

Stabilisierung und Aufbau nachbarschaftlicher und sozialer Netzwerke zusammenkommen. Somit soll der Zusammenhalt gestärkt und eine Gemeinschaft geschaffen werden, die auf gegenseitiger Akzeptanz und Anerkennung beruhen.

Darüber hinaus sind die Wirtschaftsförderung und eine Förderung der Gesundheitseinrichtungen vorgesehen. Durch das Intervenieren und die Unterstützung der Stadt mittels des Förderprogramms soll die Stadtteilkultur bewahrt und gestärkt werden. Eine stadteigene Identität und Identifizierung mit dem Stadtteil motiviert die Bewohner an kulturellen (Freizeit-) Aktivitäten teilzunehmen und sich dadurch sozial zu engagieren. Dies kann zu einem positiven Image der Stadt und positiver Präsenz in der Berichterstattung beitragen.

Die Programmbausteine sind:

- ▶ Aktivierung der Bewohner
- ▶ Stärkung der lokalen Wirtschaft
- ▶ Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens
- ▶ Städtebauliche Stabilisierung
- ▶ Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen

Instrumente

Die genannten Ziele und Handlungsfelder werden durch verschiedene Instrumente ausgeführt. In dem vorliegenden IHK werden Angaben zu zielorientierten integrierten Lösungsansätzen sowie konkreten geplanten Maßnahmen dargestellt und Lösungsmöglichkeiten in ein gesamtstädtisches Konzept zusammengeführt. Die Koordination einer ämterübergreifenden Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene und Programmen aus anderen Politikbereichen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene macht die Nutzung von Synergieeffekten möglich. Quartiersbezogene Bündelung von Fachwissen und finanziellen Ressourcen ist nur durch auf Kommunikation, Koordinierung, Kooperation und Vernetzung ausgerichtete Organisations- und Managementstrukturen möglich. Hier setzt das Quartiersmanagement an: es orientiert sich an der Komplexität der Herausforderungen und den Potenzialen vor Ort. Es vermittelt zwischen Verwaltungs- und Quartiersebenen mit unterschiedlichen Interessen und Handlungslogiken. Darüber hinaus sorgt es für das Zusammenkommen von Verwaltungs- und Lebenswelt. Die Beteiligung der Quartiersbevölkerung und anderer lokaler Akteure ist dabei besonders wichtig. Um den Zugang, die Kooperation und Kommunikation zu erleichtern, wurde das Stadtteilbüro als Anlaufstelle für die Netzwerkarbeit eingerichtet.

2 Bestandsanalyse

2.1 Untersuchungsgebiet

Die Stadt Steinbach (Taunus) liegt im Süden des Hochtaunuskreises an der Grenze zum Main-Taunus-Kreis und zur Stadt Frankfurt am Main. Sie bildet das Bindungsglied zwischen dem ländlich geprägten Taunus und dem Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum Frankfurt am Main. Insgesamt umfasst das Stadtgebiet ca. 440 ha (118 ha Wohnfläche) bei knapp über 10.000 Einwohnern. Das

Untersuchungsgebiet liegt im Osten der Stadt weist eine Größe von ca. 45 ha mit rund 3.500 Einwohnern auf.

Das Untersuchungsgebiet umfasst den östlich der Bahnstraße liegenden Bereich mit dem Hessenring, der Berliner Straße, der Stettiner Straße, der Frankfurter Straße, der Wingertstraße und der sog. „Neuen Mitte“ mit Schule, Kindergarten, Bürgerhaus, Rathaus und Kirchengemeinden.

Ein Anstieg der Einwohnerzahlen in den 1960er und 70er Jahren hat sich schließlich sowohl auf die städtebauliche, als auch auf die soziale Situation der Stadt ausgewirkt. Insgesamt sind die Strukturen zwar dörflich geblieben, jedoch wirkt das Stadtbild aufgrund der zahlreichen Hochhäuser und Mehrfamilienhäusern eher großstädtisch. Die heterogene und sozialräumlich stark segregierte Bevölkerungsstruktur ist unter anderem eine Folge des hohen Anteils an sozialgefördertem Wohnraum. Diese Entwicklung verstärkt auch künftig durch die Struktur der Zu- und Fortzüge (s. Kap. 2.3.1). Das Entwicklungsgebiet mit seinem nach außen hin markanten Wohnungsbau und der skizzierten sozialen Struktur prägt wesentlich das eher negative Image Steinbachs im Hochtaunuskreis (Quelle: Projektskizze).

Während sich die Nahversorgung und der Einzelhandel hauptsächlich auf die angrenzenden Gebiete des Untersuchungsgebietes verteilen (Stadteingänge und Bahnstraße), wurde in den 1970er Jahren die „Neue Mitte“ am Hessenring erbaut. Hier wurden das Bürgerhaus, eine Grundschule und zwei Kirchen angesiedelt. Dadurch erlangte der Stadtteil ein eigenes, unabhängiges Zentrum.

2.2 Soziale Situation

Zusammenfassende Bewertung sozialer Belange

Die Menschen im Untersuchungsgebiet fühlen sich wohl und haben ein hohes Interesse an der Entwicklung des Quartiers. In ihre Nachbarschaft haben sie Vertrauen und die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich in Steinbach sicher. Allerdings gibt es auch einen großen Anteil an der Bevölkerung, der die Frage nach der Lebensqualität eher neutral beurteilt.

Beim Blick in die Zukunft wird die eher positive Sicht umgekehrt. Nur noch ein geringerer Teil der Bevölkerung, insbesondere diejenigen mit einem höheren Bildungsabschluss, sieht eine eher positive Entwicklung ihrer Lebensqualität.

Viele Menschen im Quartier leben in eher prekären Lebenslagen, sind von sozialen Transferleistungen abhängig und sind eher nicht auf die zunehmenden Modernisierungsprozesse im Rhein-Main-Gebiet vorbereitet. Der hohe Anteil unter den Migranten und Kindern ist beachtenswert.

Der soziale Druck auf das Untersuchungsgebiet ist hoch. Mangelnder günstiger Wohnraum in den meist hochpreisigen Kommunen des Hochtaunuskreises, wie z.B. Kronberg, Bad Homburg oder Königstein, führt zu einem Zuzug von Menschen mit eher niedrigem Einkommen und teilweise sozialen Schwierigkeiten nach Steinbach mit vergleichsweise viel preisgünstigem Wohnraum. Die Beratungsstellen sind aufgrund der anhaltenden Entwicklung hoch frequentiert. Deswegen besteht ein hoher Beratungsbedarf wobei auch existentielle Fragen im Vordergrund stehen. Die Kooperation

mit dem Landratsamt ist dringend notwendig, oft jedoch ist das Landratsamt aus Sicht der Menschen weit weg und die Erreichbarkeit schwierig. Insgesamt scheint der Bedarf an Beratung und Unterstützung höher zu sein als die bestehenden Angebote bieten können.

Große soziale Verwerfungen im Untersuchungsgebiet sind nicht ohne weiteres zu erkennen. Soziale Konflikte geschehen eher im Kleinen und werden in der Befragung in den Kommentaren und Hinweisen geäußert. Oftmals werden soziale Konflikte nicht in der Politik und in der Öffentlichkeit artikuliert und ausgetragen.

Treffmöglichkeiten und Orte des Austausches sind aus Sicht der Bevölkerung kaum vorhanden. Insbesondere die jüngeren und „mittelalten“ Familien und gut gebildeten Bewohner äußern sich entsprechend. Hier ist auch der Wunsch nach Veränderung, z.B. die der Wohnsituation, am höchsten. Es wird wichtig sein diese Menschen zu unterstützen und zu binden. Bildung, Kommunikationsorte und Armutsprävention stärken das Quartier und erhalten bzw. verbessern die bestehende soziale Struktur.

Die soziale Situation im Quartier steht auch immer in einem engen Bezug zur sozialen Situation der gesamten Stadt. Eine wechselseitige Öffnung und Hinwendung ist erforderlich. Hier können insbesondere die Vereine eine besondere Rolle spielen, indem sie ihre Aufmerksamkeit auf die jungen Menschen im Quartier richten.

Zusammenfassung soziale Risikofaktoren

- ▶ Zunehmende Armut
- ▶ Ausgrenzungstendenzen verstärken sich
- ▶ Mangelnde soziale Infrastruktur
- ▶ Generationenwechsel
- ▶ Einzelhandel am Rande der Stadt
- ▶ Sozialbindung fällt weg
- ▶ Belegungsrechte durch Stadt Frankfurt
- ▶ Leere Kassen

Die Analyse hat ergeben, dass es sich bei den Maßnahmen im Zusammenhang mit den Gemeinbedarfseinrichtungen unter anderem um bauliche Maßnahmen handelt. Vor diesem Hintergrund werden die Gemeinbedarfseinrichtungen im weiteren Verlauf u.a. im Zusammenhang mit den städtebaulichen Handlungsfeldern betrachtet.

Soziale Potenziale

- ▶ Menschen fühlen sich wohl
- ▶ Hohes Interesse der Bevölkerung an der Entwicklung des Quartiers/der Stadt
- ▶ Hohe Attraktivität im Bereich Freizeit
- ▶ Viele Vereine
- ▶ Stadt im Grünen (Parkanlagen)
- ▶ Nähe zu Frankfurt
- ▶ Bürgerfreundliche Verwaltung

2.3 Städtebauliche Situation

Zusammenfassung der städtebaulichen Defizite

Bezüglich der städtebaulichen und strukturellen Defizite wird deutlich, dass das Untersuchungsgebiet zahlreiche Mängel aufweist, welche im Quartier unterschiedlich konzentriert und verteilt sind. Größtenteils treten die Defizite jedoch flächendeckend auf. Nachfolgend werden die Schwächen des Quartiers, resultierend aus der Bestandsanalyse, zusammengefasst. Die Reihenfolge der Nennungen entspricht nicht einer Priorisierung, sondern erfolgte gemäß der Reihenfolge in der Analyse.

- ▶ fehlende Nahversorgung
- ▶ schlechter energetischer Zustand einzelner Immobilien
- ▶ mangelnde Gestaltung der priv. und öff. Frei- und Grünflächen
- ▶ fehlende attraktive Treffpunkte
- ▶ Missstände hinsichtlich der Gestaltung von Müllplätzen
- ▶ baulicher Zustand und Angebot der privaten Spielplätze
- ▶ keine Aufenthaltsqualität Vorplatz Schule durch fehlende Möblierung
- ▶ fehlende ausgewiesene Fußwegeverbindungen
- ▶ mangelhafter Ausbauzustand der Fahrbahnen
- ▶ mangelhafter Ausbauzustand der Gehwege

Die Analyse des Untersuchungsgebietes sowie der angrenzenden Bereiche der Stadt Steinbach (Taunus) zeigt diverse Schwächen in verschiedenen Themenbereichen auf, welche unterschiedlichste Risiken für das Untersuchungsgebietes mit sich bringen. Um den Risiken entgegenzuwirken ist es darüber hinaus wichtig auch die Potenziale des Untersuchungsgebietes zu erfassen.

Städtebauliche Potenziale

Auch die städtebaulichen und strukturellen Potenziale konzentrieren sich auf die Wohngebiete der 1960er und 1970er Jahre. Insbesondere die ruhige Wohnlage ist ein wichtiges Potenzial für das gesamte Untersuchungsgebiet.

- ▶ zahlreiche Akteure
- ▶ ruhige Wohnlage
- ▶ stadträumliche Gestaltungspotenziale
- ▶ Aufwertung der Grün- und Freiflächen
- ▶ zentrale Lage im Grünen
- ▶ zentrale Lage im Rhein-Main-Gebiet
- ▶ Schaffung von Barrierefreiheit
- ▶ Ausbauzustand der Fahrbahnen
- ▶ fußläufige Anbindung, kurze Wege
- ▶ potenzielle Flächen für Nahversorger
- ▶ Aufwertung der vorhandenen Plätze / Schaffen von Treffpunkten

Die aufgezeigten Stärken des Untersuchungsgebietes zeigen, dass das Quartier über zahlreiche Potenziale in unterschiedlichsten Bereichen und Größenordnungen verfügt. Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend Handlungsfelder gebildet.

3 Handlungsfelder & Entwicklungsziele

Die aufgezeigten Stärken und Schwächen des Untersuchungsgebietes lassen sich schließlich in städtebauliche und soziale Handlungsfelder untergliedern.

Aus städtebaulicher Sicht kristallisieren sich folgende Handlungsfelder heraus:

1. Wohnen und Wohnumfeld
2. Öffentliche Frei- und Grünflächen
3. Straßen und Verkehr
4. Gemeinbedarfseinrichtungen

Die Soziale Perspektive zeigt folgende Handlungsfelder:

1. Bürgerbeteiligung / Quartiersmanagement
2. Soziale Entwicklung

Ziel des vorliegenden IHK soll es sein, die Entwicklungsziele für die Handlungsfelder zu definieren und diese mit Kernprojekten zu hinterlegen. Anschließend werden Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele aufgezeigt. In detaillierten Maßnahmenblättern werden alle wichtigen Informationen der Einzelmaßnahmen dargestellt.

3.1 Bürgerbeteiligung / Quartiersmanagement

Die Bürger im Quartier sollen in die Stadtteilentwicklung einbezogen werden und sich engagieren.

- ▶ Im Beirat sind Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils verschiedener Bevölkerungsgruppen vertreten.
- ▶ In den AGs zu den Einzelprojekten beteiligen sich die direkt Betroffenen.
- ▶ Das Stadtteilbüro wird als Ort des Austausches über die „Soziale Stadt“ verstanden und von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt.

3.2 Soziale Entwicklung

Chancengleichheit

- ▶ Armutsrisiken werden erkannt und sachgerecht bearbeitet.
- ▶ Selbsthilfepotenziale im Quartier werden erschlossen.
- ▶ Menschen mit eingeschränkten Sprachkompetenzen werden niederschwellig gefördert. Insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund erhalten eine adäquate Förderung.
- ▶ Flüchtlinge können sich integrieren.

Lokale Wirtschaft

- ▶ Mikroprojekte werden gefördert.

Arbeits- und Ausbildungsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten

- ▶ Jugendliche erhalten Unterstützung beim Übergang Schule und Beruf.
- ▶ Die Zugänge zu Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Erwachsene verbessern sich.
- ▶ Langzeitarbeitslose werden integriert.

Soziales und kulturelles Leben

- ▶ Verbesserung der Kommunikation/ des Austausches im Quartier und in der Stadt insgesamt.
- ▶ Der Zusammenhalt wird gestärkt – Veränderung von Haltungen und Sichtweisen auf Migration, Armut und Image des Quartiers.
- ▶ Die Steinbacher Vereine sind in der Lage ihre Rolle als integrierende Instanz verstärkt wahrzunehmen. Diese werden unterstützt.

Wohn- und Lebensbedingungen

- ▶ Jugendliche erhalten Ansprechpartner und Platz zur Selbstorganisation.
- ▶ Menschen im Quartier können entsprechend ihrer Lebenssituation wohnen.
- ▶ Das Sicherheitsgefühl verbessert sich.
- ▶ Familien werden in ihrer Erziehungskompetenz gefördert, beraten und nutzen bedarfsgerechte Angebote.
- ▶ Verkehrssicherheit verbessert sich (weiche Faktoren).
- ▶ Daseinsvorsorge wird erschlossen (Fachärzte).

3.3 Wohnen und Wohnumfeld

Die wesentlichen Entwicklungsziele für das Handlungsfeld Wohnen und Wohnumfeld sind:

- ▶ Verbesserung der Aufenthaltsqualität der privaten Frei- und Grünflächen
- ▶ Erhaltung und Aufwertung vorhandener Frei- und Grünflächen
- ▶ Verbesserung des Wohnwertes
- ▶ Steigerung der Nutzungsmöglichkeiten
- ▶ Frei-, Erholungs- und Spielflächen für alle Altersgruppen schaffen
- ▶ Attraktivierung und Modernisierung des Wohnungsangebotes
- ▶ städtebauliche Aufwertung

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei der Aufzählung der Entwicklungsziele nicht um eine Priorisierung handelt. Dies gilt auch für die weiteren Handlungsfelder.

3.4 Öffentliche Frei- und Grünflächen

Für die wesentlichen Themen des Handlungsfeldes öffentliche Frei- und Grünflächen lassen sich folgende Entwicklungsziele definieren:

- ▶ Qualifizierung bzw. Umgestaltung vorhandener Frei- und Grünflächen
- ▶ weitere Steigerung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum
- ▶ Schaffung von Kommunikations- und Aufenthaltsorten

3.5 Straßen und Verkehr

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Untersuchung lassen sich für das Handlungsfeld Straßen und Verkehr folgende Entwicklungsziele definieren:

- ▶ Ausbau und Verbesserung der Rad- und Fußwegeverbindungen
- ▶ Neuordnung / Gestaltung der Stellplätze im öffentlichen Raum
- ▶ Neuordnung der Fahrbahn und der Gehwege
- ▶ Optimierung des ruhenden Verkehrs
- ▶ Attraktivierung des ÖPNV-Angebotes
- ▶ Schaffung von Barrierefreiheit

3.6 Gemeinbedarfseinrichtungen

Die wesentlichen Entwicklungsziele für das Handlungsfeld Gemeinbedarfseinrichtungen sind:

- ▶ Aufwertung der vorhandenen, zentral gelegenen Einrichtungen
- ▶ Modernisierung und Instandsetzung öffentliche Gebäude
- ▶ Schaffung der Zugänglichkeit für alle Bewohnergruppen im Hinblick auf den demografischen Wandel (Barrierefreiheit)
- ▶ Schaffung eines kulturellen Zentrums für alle Bewohnergruppen (multifunktional, möglichst selbsttragend als Alleinstellungsmerkmal der Stadt Steinbach als multi-ethnische community)
- ▶ Überprüfung einer ortsübergreifenden Feuerwehr im Sinne eines interkommunalen Projektes

4 Abgrenzung des Fördergebietes

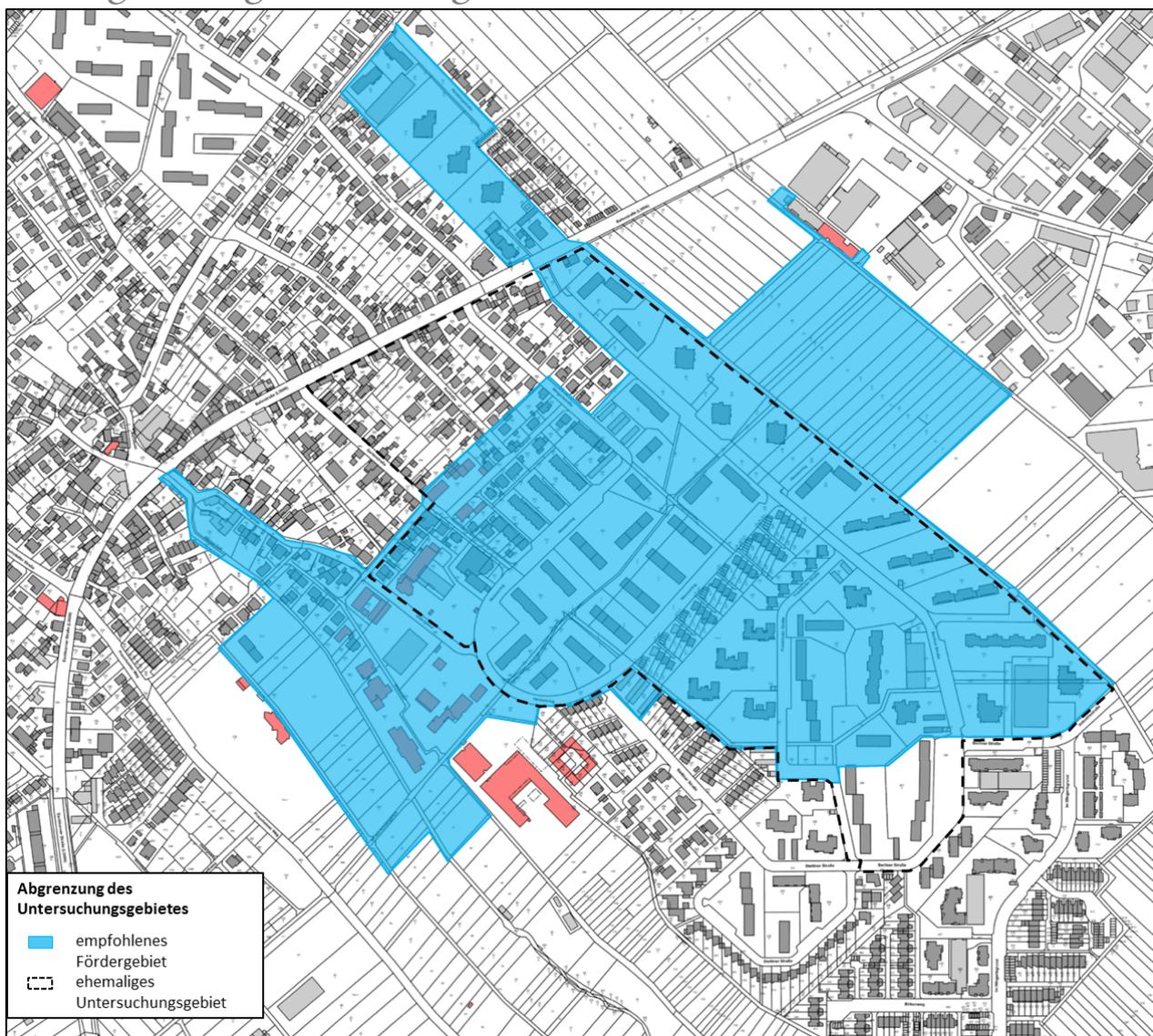


Abbildung 2: Abgrenzung des Untersuchungsgebietes

Datengrundlage: Stadtverwaltung Steinbach (Taunus) (Stand 17.07.2015)

5 Maßnahmenkatalog

1. Handlungsfeld „Bürgermitwirkung / Quartiersmanagement“

- 1.1 Quartiersmanagement
- 1.2 Einrichtung eines Stadtteilbüros
- 1.3 Durchführung von Nachbarschaftsfesten

2. Handlungsfeld „Soziale Infrastruktur“

- 2.1 Unterstützungssysteme zur Existenzsicherung für Quartiersbewohner
- 2.2 Förderung der Integrationskraft des Quartiers / Förderung von Migranten und Flüchtlingen
- 2.3 Förderung der Jugend im Quartier Arbeit / Bildung / Freizeit
- 2.4 Förderung der Vereine zur Integration von Migrantinnen/ Migranten / Flüchtlingen und Jugendlichen aus dem Quartier
- 2.5 Förderung von Familien
- 2.6 Altersgerechtes Wohnen, Betreuung und Pflege
- 2.7 Entwicklung Gemeinschaft und Natur / Stadtgärten
- 2.8 „Quartiersläufer“ kümmern sich

3. Handlungsfeld „Wohnen und Wohnumfeld“

- 3.1 Gestaltung der zentralen Grünflächen
- 3.2 Gestaltung der Hauseingänge
- 3.3 Gestaltung der Glas- und Altkleidercontainer
- 3.4 Aufwertung der vorhandenen privaten Spielflächen
- 3.5 Gestaltung der Garagenplätze am Hessenring

4. Handlungsfeld „Öffentliche Frei- und Grünflächen“

- 4.1 Platzgestaltung „Neue Mitte“
- 4.2 Verbindung „Alte Mitte“ – „Neue Mitte“
- 4.3 Thüringer Anlage
- 4.4 Modernisierung des öffentlichen Spielplatzes
- 4.5 Barrierefreie Umgestaltung der öffentlichen Wege
- 4.6 Gestaltung Vorplatz Geschwister-Scholl-Schule
- 4.7 Platzgestaltung im Bereich der Kindertagesstätten

5. Handlungsfeld Straßen und Verkehr

- 5.1 Umgestaltung Berliner Straßenraum
- 5.2 Gestaltung der Wegeverbindung Steinbachau – Gewerbegebiet
- 5.3 Gestaltung der Wegeverbindung Quartiersplatz – „Neue Mitte“
- 5.4 Gestaltungskonzept Fußwegeverbindungen
- 5.5 Prüfung des ÖPNV-Angebotes hinsichtlich der Nachfrage

- 5.6 Barrierefreie Umgestaltung der Bushaltestellen
- 5.7 Neuordnung des ruhenden Verkehrs in der Herzbergstraße

6. Handlungsfeld Gemeinbedarfseinrichtungen

- 6.1 Modernisierung Bürgerhaus
- 6.2 Rathaus (Erweiterung / Modernisierung, Instandsetzung / Neubau)
- 6.3 Umbau des Feuerwehrgerätehauses
- 6.4 Nahversorgung im Quartier
- 6.5 Planung Kindergarten / Neubau

6 Handlungsempfehlungen

Für eine erfolgreiche Umsetzung ist zum einen die Begleitung der sozialen Projekte durch ein Quartiersmanagement und zum anderen die Begleitung der städtebaulichen Projekte sowie der Gesamtmaßnahme durch einen Projektsteuerer empfehlenswert. Sowohl das Quartiersmanagement als auch der Projektsteuerer stellen die „Kümmerer“ für die Belange des Förderprogramms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ dar und gewährleisten neben der Begleitung und der Durchführung der Projekte auch das Controlling vor dem Hintergrund der Verstetigung. Das Quartiersmanagement ist die zentrale Anlaufstelle für soziale Fragen im Stadtteil.

Ebenfalls entscheidend für eine zielorientierte Umsetzung der Projekte ist die stetige Einbindung der lokalen Akteure. Bereits während der Erstellung des vorliegenden Konzeptes wurde der Beirat „Soziale Stadt“ installiert. Er besteht aus Vertretern verschiedenster Interessensgruppen und dient im Wesentlichen als Multiplikator im Stadtteil. Neben einem Informationsaustausch über die zahlreichen Multiplikatoren ist darüber hinaus auch eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Die Bewohner sollen über die aktuellen Projekte und Angebote informiert werden. Dadurch wird zum einen eine größere Akzeptanz der Aktivitäten geschaffen und zum anderen wird die Zielsetzung des Förderprogramms einer regelmäßigen Bürgerbeteiligung gewährleistet.

Die frühzeitige Installation des Quartiersbeirats ermöglichte die Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner bereits in die Konzepterstellung. Auf Grundlage des erstellten Maßnahmenkatalogs wurden die zahlreichen Maßnahmen priorisiert. Daraus haben sich folgende Handlungsempfehlungen ergeben:

Soziale Entwicklung

1. Jugend
2. Existenzsicherung
3. Vereine

Öffentliche Frei- und Grünflächen

1. Öffentliche Wege
2. Neue Mitte
3. Öffentlicher Spielplatz

Gemeinbedarfseinrichtungen

1. Bürgerhaus
2. Nahversorgung im Quartier

Wohnen und Wohnumfeld

1. Glas- und Altkleidercontainer
2. Grünflächen

Straßen und Verkehr

1. Fußwegeverbindungen
2. Bushaltestellen

Es wird davon ausgegangen, dass Maßnahmen aus allen ermittelten Handlungsfeldern umgesetzt werden sollen.

Von zentraler Bedeutung für den Erfolg des Programms ist die Umsetzung eines ersten Pilotprojektes. Aus städtebaulicher Sicht wird dies die Modernisierung des Bürgerhauses und die Gestaltung der „Neuen Mitte“ sein. Darüber hinaus ist die Initiierung erster Planungen unter Einbezug der Bevölkerung empfehlenswert. Hier wird die Umgestaltung der Thüringer Anlage empfohlen.

Die Öffentlichkeitsarbeit und Präsenz im Quartier wird Schwerpunkt in der ersten Phase des Quartiersmanagements nach dem IHK. Die noch nicht einbezogenen oder noch nicht erreichten Gruppierungen und Milieus werden in ihrer Lebenswelt angesprochen und in die entsprechende Beteiligungsformen Beirat oder AG integriert. Hierzu gehören insbesondere die Migrantinnen und Migranten ohne höheren Bildungsabschluss und wenn möglich Jugendliche. Das Soziale Netzwerk Steinbach sollte in den Beirat einbezogen werden. Das neue Stadteilbüro wird aufgebaut und für das Quartier geöffnet. Die Öffnung soll sich in einer hohen Nutzung durch die Quartiersbewohner zeigen und in deren Selbstorganisation.

Eine regelmäßige Evaluation sowie ein begleitendes Monitoring kann eine erfolgreiche Umsetzung der Projekte unterstützen.

7 Kosten- und Finanzierungsplan

Kosten- und Finanzierungsplanung			Finanzierung			
Nr.	Projekt	Kostenart	Förderfähige Gesamtkosten in € (Je nach Umfang variabel)	Finanzierungsanteil "Soziale Stadt"	Vorgesehene Zuwendungshöhe Ø ca. 65 % ("Soziale Stadt")	Kommunaler Eigenanteil Ø ca. 35 %
Übergeordnete Maßnahmen						
0.1	Integriertes Handlungskonzept	Vorbereitung	40.000,00 €	40.000,00 €	26.000,00 €	14.000,00 €
0.2	Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept / Verstärkungskonzept	Steuerung	40.000,00 €	40.000,00 €	26.000,00 €	14.000,00 €
0.3	Quartiersmanagement	Steuerung	400.000,00 €	400.000,00 €	260.000,00 €	140.000,00 €
0.4	Steuerung	Steuerung	600.000,00 €	600.000,00 €	390.000,00 €	210.000,00 €
0.5	Servicepauschale HEGISS	Steuerung	150.000,00 €	150.000,00 €	97.500,00 €	52.500,00 €
0.6	Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeitsarbeit	50.000,00 €	50.000,00 €	32.500,00 €	17.500,00 €
0.7	Beirat	Aufwendungen für Veranstaltungen etc. (10 Jahre)	20.000,00 €	20.000,00 €	13.000,00 €	7.000,00 €
Zwischensumme			1.300.000,00 €	1.300.000,00 €	845.000,00 €	455.000,00 €

Kosten- und Finanzierungsplanung					Finanzierung	
Nr.	Projekt	Kostenart	Kosten in € (Je Umfang variabel)	Finanzierungsanteil "Soziale Stadt"	Vorgesehene Zuwendungshöhe Ø ca. 65 % ("Soziale Stadt")	Kommunaler Eigenanteil Ø ca. 35 %
Handlungsfeld Bürgerbeteiligung / Quartiersmanagement						
1.1	Quartiersmanagement	siehe übergeordnete Maßnahmen	- €	- €	- €	- €
1.2	Einrichtung eines Stadtteilbüros	Erstausstattung, laufende Sach- und Nebenkosten	69.000,00 €	69.000,00 €	44.850,00 €	24.150,00 €
1.3	Durchführung von Nachbarschaftsfesten	Öffentlichkeitsarbeit, Materialkosten	15.000,00 €	15.000,00 €	9.750,00 €	5.250,00 €
Zwischensumme			84.000,00 €	84.000,00 €	54.600,00 €	29.400,00 €

Kosten- und Finanzierungsplanung			Finanzierung			
Nr.	Projekt	Kostenart	Kosten in € (Je nach Umfang variabel)	Finanzierungsanteil "Soziale Stadt"	Weitere Fördermittel	Kommunaler Eigenanteil Ø ca. 35 %
Handlungsfeld Soziale Infrastruktur						
2.1	Unterstützungssysteme zur Existenzsicherung für Quartiersbewohner	Personal- und Sachkosten (2 Jahre Aufbau-danach Verstetigung 25.000 € p.A.)	90.000,00 €	- €	NN	n.b.
2.2	Förderung der Integrationskraft des Quartiers	Personal- und Sachkosten (zunächst für 3 Jahre)	105.000,00 €	- €	NN	n.b.
2.3	Förderung der Jugend im Quartier Arbeit / Bildung / Freizeit	Personal- und Sachkosten (3 Jahre)	105.000,00 €	- €	NN	n.b.
2.4	Förderung der Vereine zur Integration von Migrantinnen/ Migrantinnen / Flüchtlingen und Jugendlichen aus dem Quartier	Honorar und Sachkosten	10.000,00 €	- €	NN	n.b.
2.5	Förderung von Familien / Familienzentrum	Personal- und Sachkosten (3 Jahre) zusätzlich freies Budget zur Umsetzung von Projekten	115.000,00 €	- €	NN	n.b.
2.6	Altersgerechtes Wohnen, Betreuung und Pflege	Personal- und Sachkosten (3 Jahre)	105.000,00 €	- €	NN	n.b.
2.7	Entwicklung Gemeinschaft und Natur / Stadtgärten	Sachkosten	5.000,00 €	- €	NN	n.b.
2.8	„Quartiersläufer“ kümmern sich	Personal- und Sachkosten (3 Jahre) nicht berechnet Kosten für die Quartiersläufer	105.000,00 €	- €	NN	n.b.
Zwischensumme			640.000,00 €	- €		

¹ Laufend gibt es neue Förderprogramme und Fördermöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund muss zum Zeitpunkt der Durchführung der Projekte eine Recherche für mögliche Fördermittel erfolgen. Daher können hier noch keine weiteren Fördermittel genannt werden (NN). Des Weiteren kann der kommunale Eigenanteil nicht benannt werden, da die Förderquote nicht bekannt ist (n.b.).

Kosten- und Finanzierungsplanung					Finanzierung		
Nr.	Projekt	Kostenart	Förderfähige Gesamtkosten in € (Je nach Umfang variabel)	Finanzierungsanteil "Soziale Stadt"	Vorgesehene Zuwendungshöhe Ø ca. 65 % ("Soziale Stadt")	Kommunaler Eigenanteil Ø ca. 35 %	
Handlungsfeld Wohnen und Wohnumfeld							
3.1	Gestaltung der zentralen Grünflächen Teil 1	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	690.000,00 €	207.000,00 €	134.550,00 €	72.450,00 €	
3.1	Gestaltung der zentralen Grünflächen Teil 2	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	920.000,00 €	276.000,00 €	179.400,00 €	96.600,00 €	
3.1	Gestaltung der zentralen Grünflächen Teil 3	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	340.000,00 €	102.000,00 €	66.300,00 €	35.700,00 €	
3.2	Gestaltung der Hauseingänge	nicht benennbar, da je nach Umfang variabel	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.	
3.2	Gestaltung der Hauseingänge / Mülltonnenstellplätze	Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	5.000,00 €	1.500,00 €	975,00 €	525,00 €	
3.3	Gestaltung der Glas- und Altkleidercontainer	Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	6.000,00 €	6.000,00 €	3.900,00 €	2.100,00 €	
3.3	Unterflurcontainer	Baumaßnahmen	100.000,00 €	100.000,00 €	65.000,00 €	35.000,00 €	
3.4	Aufwertung der vorhandenen privaten Spielflächen	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	115.000,00 €	34.500,00 €	22.425,00 €	12.075,00 €	
3.5	Gestaltung der Garagenplätze am Hesselning	Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	9.600,00 €	9.600,00 €	6.240,00 €	3.360,00 €	
Zwischensumme			2.185.600,00 €	736.600,00 €	478.790,00 €	257.810,00 €	

Kosten- und Finanzierungsplanung						
Nr.	Projekt	Kostenart	Förderfähige Gesamtkosten in € (Je nach Umfang variabel)	Finanzierungsanteil "Soziale Stadt"	Vorgesehene Zuwendungshöhe Ø ca. 65 % ("Soziale Stadt")	Kommunaler Eigenanteil Ø ca. 35 %
Handlungsfeld Öffentliche Frei- und Grünflächen						
4.1	Platzgestaltung Neue Mitte	Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	1.670.000,00 €	1.670.000,00 €	1.085.500,00 €	584.500,00 €
4.2	Verbindung Alte Mitte - Neue Mitte	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	445.000,00 €	222.500,00 €	144.625,00 €	77.875,00 €
4.3	Thüringer Anlage	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	270.000,00 €	270.000,00 €	175.500,00 €	94.500,00 €
4.4	Modernisierung des öffentlichen Spielplatzes	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	96.000,00 €	96.000,00 €	62.400,00 €	33.600,00 €
4.5	Barrierefreie Umgestaltung aller öffentlichen Wege	nicht benennbar, da je nach Umfang variabel	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.
4.6	Gestaltung Vorplatz Geschwister-Scholl-Schule	Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	35.000,00 €	35.000,00 €	22.750,00 €	12.250,00 €
4.7	Platzgestaltung im Bereich der Kindertagesstätten	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	78.000,00 €	78.000,00 €	50.700,00 €	27.300,00 €
Zwischensumme			2.594.000,00 €	2.371.500,00 €	1.541.475,00 €	830.025,00 €

Kosten- und Finanzierungsplanung						
Nr.	Projekt	Kostenart	Förderfähige Gesamtkosten in € (Je nach Umfang variabel)	Finanzierungsanteil "Soziale Stadt"	Vorgesehene Zuwendungshöhe Ø ca. 65 % ("Soziale Stadt") / Weitere Fördermittel	Kommunaler Eigenanteil Ø ca. 35 %
Handlungsfeld Straßen und Verkehr						
5.1	Umgestaltung Berliner Straßenraum	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	2.185.000,00 €	1.092.500,00 €	710.125,00 €	382.375,00 €
5.2	Wegeverbindung Steinbachaue - Gewerbegebiet	Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	380.000,00 €	380.000,00 €	247.000,00 €	133.000,00 €
5.3	Wegeverbindung Quartiersplatz - Neue Mitte	Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	245.000,00 €	245.000,00 €	159.250,00 €	85.750,00 €
5.4	Gestaltungskonzept Fußwegeverbindungen	Konzept	95.000,00 €	95.000,00 €	61.750,00 €	33.250,00 €
5.5	Prüfung des ÖPNV-Angebotes	Konzept	5.000,00 €	5.000,00 €	3.250,00 €	1.750,00 €
5.6	Barrierefreie Umgestaltung der Bushaltestellen	Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit Förderung durch hessenmobil ca. 85.000 €	175.000,00 €	- €	148.750,00 €	26.250,00 €
5.7	Neuordnung des ruhenden Verkehrs in der Herzbergstraße	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	489.000,00 €	122.250,00 €	79.462,50 €	42.787,50 €
Zwischensumme			3.574.000,00 €	1.939.750,00 €	1.260.837,50 €	678.912,50 €

Kosten- und Finanzierungsplanung						
Nr.	Projekt	Kostenart	Förderfähige Gesamtkosten in € (Je nach Umfang variabel)	Finanzierungsanteil "Soziale Stadt"	Vorgesehene Zuwendungshöhe Ø ca. 65 % ("Soziale Stadt")	Kommunaler Eigenanteil Ø ca. 35 %
Handlungsfeld Gemeinbedarfseinrichtungen						
6.1	Modernisierung Bürgerhaus	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	4.600.000,00 €	2.000.000,00 €	1.300.000,00 €	700.000,00 €
6.2	Rathaus	Konzept, Baumaßnahmen	2.000.000,00 €	2.000.000,00 €	1.300.000,00 €	700.000,00 €
6.3	Umbau Feuerwehrgereätehaus (Variante 1)	Konzept, Baumaßnahmen	1.500.000,00 €	1.500.000,00 €	975.000,00 €	525.000,00 €
6.4	Nahversorgung im Quartier	Koordination und Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Einzelhandelskonzept	10.000,00 €	10.000,00 €	6.500,00 €	3.500,00 €
6.5	Planung Kindergarten - Neubau	Konzept, Baumaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	1.950.000,00 €	1.050.000,00 €
Zwischensumme			11.110.000,00 €	8.510.000,00 €	5.531.500,00 €	2.978.500,00 €

Zusammenfassung

Förderfähige Gesamtkosten in € (Schätzkosten)	Finanzierungsanteil "Soziale Stadt"	Vorgesehene Zuwendungshöhe Soziale Stadt	Kommunaler Eigenanteil
21.487.600,00 €	14.941.850,00 €	9.712.202,50 €	5.229.647,50 €

Die Kosten- und Finanzierungsübersicht zeigt die Kosten nach Handlungsfeldern.

Wenn alle vorgeschlagenen Projekte umgesetzt werden, entstehen **Gesamtkosten** von ca. **21.487.600,00 €**. Grundsätzlich können die förderfähigen Kosten der einzelnen Projekte im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ mit rund 65% durch Bund und Land gefördert werden. Für private Maßnahmen wird eine Bezuschussung im Rahmen des Förderprogramms von maximal 30 % empfohlen. Darüber hinaus sollen weitere Förderprogramme in Anspruch genommen werden.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der **Eigenanteil der Stadt Steinbach (Taunus)** in der gesamten Programmlaufzeit bis zum Jahr 2024 bei Umsetzung aller Projekte ca. **5,23 Mio. €** beträgt. In einer Laufzeit von insgesamt voraussichtlich 12 Jahren bedeutet dies durchschnittlich einen **jährlichen Anteil** von ca. **436.000,00 €**.

9 Verstetigung

Das Förderprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ hat zum Ziel, die Stadtentwicklung langfristig – also auch über den Förderzeitrahmen hinaus – in Kooperation mit den wesentlichen Akteuren der Stadt fortzusetzen. Hierfür ist der Aufbau eines trag- und handlungsfähigen Netzwerkes erforderlich. Ziel ist es, dass dieses Netzwerk aus Akteure der Politik, Verwaltung, den sozialen Verbänden, dem Beirat „Soziale Stadt“ und schließlich den Bürgerinnen und Bürgern von Steinbach den während dem Förderzeitraum eingeleiteten Stadtentwicklungsprozess weiterführt. Die Maßnahmen selbst sind in vielen Bereichen so ausgelegt, dass strukturelle Veränderungen erzielt werden.

Das Quartiersmanagement soll hierzu die Strukturen aufbauen und unterstützen. Hierzu ist die Gründung des Ausschusses Soziale Stadt und des Beirats ein erster wesentlicher Baustein. Mit der Unterstützung dieser Gremien als Multiplikatoren sind die Bürger und Bürgerinnen zu motivieren und aktivieren, sich aktiv an dem Prozess der Stadtentwicklung zu beteiligen. Besonders das ehrenamtliche Engagement wird hier im Mittelpunkt stehen.

Schließlich wird – ausgehend vom Quartiersmanagement – das Akquirieren von Finanzmitteln für nicht-investive Projekte ein Kernbaustein sein, der über den Förderzeitraum hinaus die Durchführung weiterer Projekte ermöglicht.

Die Konkretisierung des Verstetigungskonzeptes für die Stadt Steinbach wird im Laufe der durch die Initiativen und Bürgern unterbreiteten Projektvorschlägen sowie die Durchführung der vielfältigen Maßnahmen erfolgen.